



## Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Neustadt am  
Mittwoch, 23.11.2022, 18:00 Uhr,  
Quartiersräume in der Goethe-Schule, Scheffelstr. 2, (Eingang Leibnizstr.) 55118 Mainz

### Tagesordnung

#### a) öffentlich

### Anträge

1. Benennung des Nordmolen-Ufers im Zollhafen nach Yilmaz Atalay (SPD)  
Vorlage: 1618/2022
2. Erweiterung des Fahrplans der Buslinie 67 (SPD)  
Vorlage: 1619/2022
3. Taxistand am Hauptbahnhof mit PV-Anlage überdachen (Grüne, DIE LINKE)  
Vorlage: 1620/2022
4. Neue Straßenbahn: Innenstadtring entlang der Rheinallee (CDU)  
Vorlage: 1622/2022
5. Informationen zu Baumscheibenbepflanzung auffindbar machen (Grüne)  
Vorlage: 1623/2022

### Anfragen

6. Korrektur von Ausbaufehlern in der nördlichen Wallaustraße (FDP)  
Vorlage: 1599/2022
7. Schlaglöcher auf Gehwegen und Fahrbahnen (SPD)  
Vorlage: 1611/2022
8. Integriertes Entwicklungskonzept für die Mainzer Neustadt (CDU)  
Vorlage: 1612/2022
9. Kommissbrotbäckerei: Selbstverpflegung für Vereine ? (CDU)  
Vorlage: 1613/2022
10. Sanierung von Mietwohnungen: Entwicklung der monatlichen Kosten (CDU)

Vorlage: 1614/2022

11. Kunst im öffentlichen Raum in der Mainzer Neustadt (Grüne)  
Vorlage: 1626/2022
12. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
13. Zusatzantwort zu Anfrage 0971/2022 Hartenbergpark im Regionalfenster der Sozialen Stadt (CDU)
14. Sachstandsberichte
15. Beschlussvorlagen
16. Mitteilungen und Verschiedenes
17. Stadtteilmittel
18. Einwohnerfragestunde (ab ca. 19.00 Uhr)

**b) nicht öffentlich**

19. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
20. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 22.11.2022

gez. Christoph Hand

Ortsvorsteher



**SPD-Fraktion  
im Ortsbeirat Mainz-Neustadt**

13. November 2022

**Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Neustadt  
am 23. November 2022**

**Benennung des Nordmolen-Ufers im Zollhafen nach  
Yilmaz Atalay**

**Der Ortsbeirat möge beschließen:**

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt spricht sich für die Benennung der Rheinuferflächen der Nordmole im Zollhafen in „Yilmaz-Atalay-Ufer“ aus und bittet die Verwaltung, die Benennung in die Wege zu leiten.

**Begründung:**

Yilmaz Atalay wurde am 1. Mai 1933 in Corum/Türkei geboren und starb am 15. Juni 2021.

Im April 1961 kam er als sogenannter „Gastarbeiter“ nach Deutschland und engagierte sich für seine zugewanderten Mitmenschen in vielfältiger Art und Weise: als hauptamtlicher Mitarbeiter in der deutschlandweit ersten Beratungsstelle für Türkinnen und Türken bei der AWO in Mainz, als ehrenamtlicher Übersetzer und auch in der Integrationshilfe. Außerdem war er Sprecher für Musliminnen und Muslime unterschiedlicher Nationalitäten.

1976 organisierte Yilmaz Atalay den ersten „Ausländertag“ in Mainz mit. Aus dem „Ausländertag“ ist später die jährlich stattfindende „Interkulturelle Woche“ entstanden.

Er gründete den Verein „Gesundheitsprävention in Mainz und Umgebung e.V.“, der sich aus der ersten Selbsthilfegruppe für türkische Diabetikerinnen und Diabetiker im Rhein-Mainz-Gebiet entwickelte. Yilmaz Atalay war Vorsitzender dieses Vereins und hat in dieser Rolle über die Grenzen unserer Stadt hinaus Anerkennung erworben.

Ebenso engagierte sich Yilmaz Atalay für die Einführung muslimischer Bestattungskultur in Mainz. So wurde 2011 eine rituelle Reinigungsstätte eingeweiht und ab 2014 Tuchbestattung ermöglicht.

Das Stadtbild der Mainzer Neustadt prägte Yilmaz Atalay mit dem von ihm im Jahr 1978 eröffneten ersten türkischen Reisebüro in Mainz, welches sich in der Boppstraße befindet und neu heute existiert.

Für sein außerordentliches Engagement für die Integration türkischer und muslimischer Mitmenschen in Mainz wurde Yilmaz Atalay im Jahre 2009 durch den damaligen Oberbürgermeister Jens Beutel mit dem „Mainzer Pfennig“ geehrt.

Noch kurz vor seinem Tod wurde Yilmaz Atalay durch die Stadt bei Ministerpräsidentin Malu Dreyer für eine Landesehrung vorgeschlagen.

Eine Benennung des Nordmolen-Ufers im Zollhafen ist mit Blick auf die Lebensleistung Yilmaz Atalays mehr als gerechtfertigt. Zudem wäre eine Benennung ein weiterer Ausdruck für die Vielfalt unseres Stadtteils besonders im Hinblick auf die Menschen mit Migrationsgeschichte.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Alexander Klein  
SPD-Fraktion



**SPD-Fraktion  
im Ortsbeirat Mainz-Neustadt**

14. November 2022

**Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Neustadt  
am 23. November 2022**

Vorlage-Nr. 1619 / 2021

**Erweiterung des Fahrplans der Buslinie 67**

**Der Ortsbeirat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, bei der Mainzer Mobilität darauf hinzuwirken, den Fahrplan der Buslinie 67 in Richtung Neustadt auf die Mittagszeit auszuweiten.

**Begründung:**

Die Busse der Linie 67 sind ein wichtiges Transportmittel der Schülerinnen und Schülern der IGS Anna Seghers Mainz von der Neustadt zur besagten Schule. Die Linie ist eigentlich extra darauf ausgerichtet, in den Stoßzeiten, also morgens zu Schulbeginn und mittags/nachmittags zum Schulende, zu verkehren. Die 6. Stunde endet in der Schule um 13:20 Uhr, die Busse der Linie verkehren jedoch erst wieder um 14:12 Uhr in Richtung Neustadt. Folge sei laut Eltern, die auf Mitglieder der SPD-Ortsbeiratsfraktion zugekommen sind, dass andere Verkehrsmittel und Linien überfüllt seien. Eine Erweiterung des Fahrplans der Linie 67 ist deshalb ratsam.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich. Der aktuelle Stationsfahrplan der Haltestelle Kurmainz-Kaserne/Akademie der Wissenschaften in Richtung Neustadt ist angefügt.

Alexander Klein,  
SPD-Fraktion

**Anlage:**

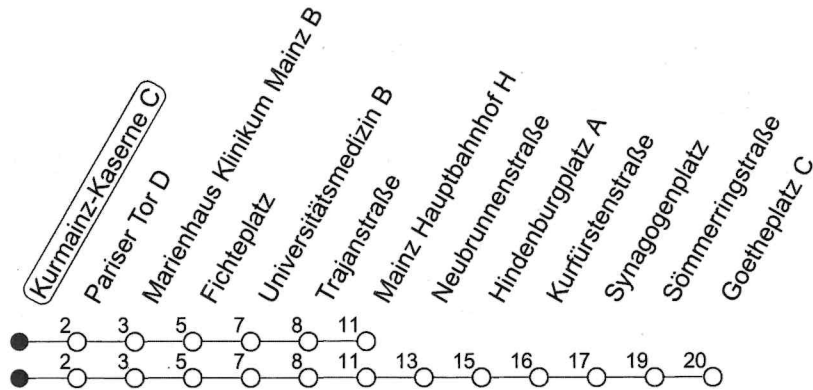
- Aktueller Fahrplan der Buslinie 67, Bushaltestelle Kurmainz-Kaserne/Akademie der Wissenschaften, in Richtung Neustadt

# 67

## Kurmainz-Kas. C / Akad.d.Wiss.

BUS

→ Neustadt/Goetheplatz



🕒	Mo.-Fr. (Schule)				Mo.-Fr. (Ferien)		Samstag	Sonn-/Feiertag
6	42				42			
7	11 <sub>H</sub>	26	41	56	11 <sub>H</sub>	41		
8	11	41			11	41		
9	11				11			
10								
11								
12								
13								
14	12	42			12	42		
15	12	42			12	42		
16	12	42			12	42		
17	12	42			12	42		
18	12	42			12	42		
19	12	42			12	42		
20	12				12			

H : Nur bis Hauptbahnhof

gültig ab: 01.04.22

Ferien in Rheinland-Pfalz: 11.04. - 22.04. / 27.05. / 17.06. / 25.07. - 02.09. / 17.10. - 31.10.22.

Weitere Infos im Verkehrs Center Mainz (Tel. 0 61 31 - 12 77 77) und [www.mainzer-mobilitaet.de](http://www.mainzer-mobilitaet.de)



Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

**DIE LINKE.**

im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

DIE LINKE im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Neustadt am 23.11.2022

## **Taxistand am Hauptbahnhof mit PV-Anlage überdachen**

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Überdachung des Taxistandes am Hauptbahnhof mit PV-Anlagen zu prüfen

Begründung:

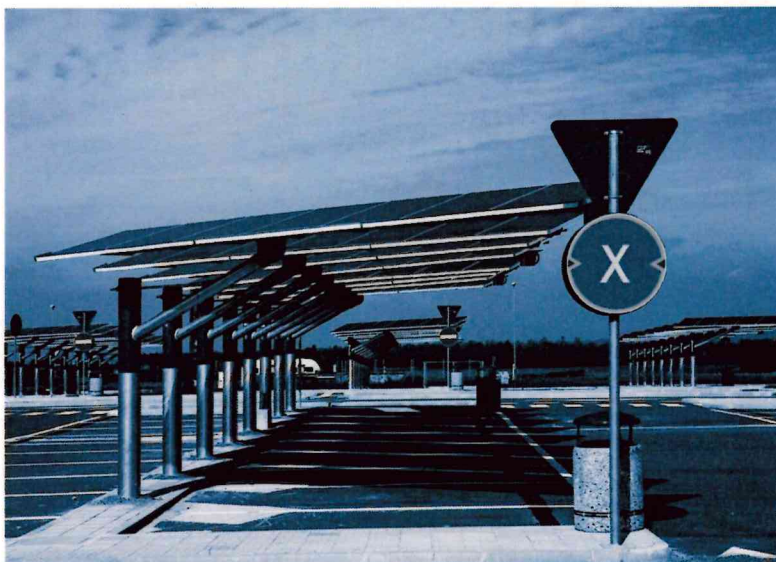
- Hitzesommer machen uns in den Innenstädten zunehmend zu schaffen. Besonders betroffen sind davon auch unsere Mainzer Taxifahrer\*innen, deren Taxistand am Hauptbahnhof in den Sommermonaten den ganzen Tag über den Sonnenstrahlen ausgesetzt ist.
- Um sich gegen die Hitze zu schützen, lassen die Fahrer\*innen - verständlicherweise - Ihren Motor für die Klimaanlage laufen.
- Durch eine Überdachung, also einen Schattenspender über die gesamte Länge des Taxistandes, würde die Hitze für die Taxifahrer\*innen erträglicher werden und die Verbrenner müssten nicht die gesamte Wartezeit laufen.
- Im Zuge der Energiekrise und unseres 2019 Ausrufs des Klimanotstands im Stadtrat sollten wir Möglichkeiten finden unnötige Abgaserzeugung zu vermeiden.
- Die Überdachung mit einer PV-Anlage hat auch noch einen guten Nebeneffekt. Gewonnene Energie kann genutzt werden, um die Heizung oder Klimaanlage der Taxis zu betreiben. Nicht benötigte Energie kann in das Netz eingespeist werden.

Für die Fraktionen

Daiana Neher (Bündnis 90 / Die Grünen)

Sigi Aubel (DIE LINKE)

Beispiele zur Veranschaulichung







CDU im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

## **Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 23. November 2022**

### **Neue Straßenbahn: Innenstadtring entlang der Rheinallee**

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt spricht sich dafür aus, dass in den weiteren Planungen zum Ausbauprojekt „Meine Straßenbahnstadt: Innenstadtring“ die Rheinallee bevorzugt betrachtet wird.

#### **Begründung:**

Dieser Antragsentwurf ist eine Einladung an die anderen Fraktionen, ihn durch einen gemeinsam abgestimmten Text zu ersetzen - analog zu dem gleichlautenden Antrag zur Ortsbeiratssitzung vom 14.09.2022.

Mainz, 15.11.2022

gez. Karsten Lange



Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Vorlage-Nr. 1623 / 2022

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Neustadt am 23.11.2022

### **Informationen zu Baumscheibenbepflanzung auffindbar machen**

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, Informationen und Tipps zur Bepflanzung von Baumscheiben durch Bürger\*innen online auffindbar zu machen und auf die Möglichkeit der Baumscheibenpatenschaften hinzuweisen.

Begründung:

- erfolgt mündlich.

Für die Antragsteller

Clara Wörsdörfer (Bündnis 90 / Die Grünen)

Vorlage-Nr. 1599/2022Anfrage zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz Neustadt am 23.11.2022**Korrektur von Ausbaufehlern in der nördlichen Wallaustraße**

In dem kürzlich fertiggestellten Ausbau der nördlichen Wallaustraße ist es zu Ausbaufehlern gekommen. In Höhe der ausgehobenen Baugrube im westlichen Teil der Wallaustraße sind Pflanzbecken angelegt worden. Diese sperren den gesamten Bürgersteig, so dass Fußgänger, Rollstuhlfahrer, Kinderwagen und Rollatoren auf die Straße ausweichen müssen. Dies ist eine sehr schlechte Lösung.

In Höhe der Häuser Wallaustraße 110/111 sind Fahrradbügel so plziert, das sie vor einer Laterne und dem Parkstreife stehen. Das Abstellen von Fahrrädern ist unmöglich. Fotos der Situationen sind beigefügt.

Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen:

Sind die Fehler bekannt? Wird eine Beseitigung erfolgen?

Für die FDP Fraktion  
Michael Hampel







SPD-Fraktion

im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Vorlage-Nr. 1611 / 2022

14. November 2022

## Anfrage zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Neustadt am 23. November 2022

### Schlaglöcher auf Gehwegen und Fahrbahnen

Im Rahmen des Rundgangs der Verkehrskommission am 3. November 2022 kam auch die Frage, wie tief Schlaglöcher in Gehwegen und auf Fahrbahnen maximal sein dürfen, damit die Stadt für Unfälle nicht haftbar gemacht werden kann.

*Wir fragen die Verwaltung:*

1. Ab welcher Tiefe eines Schlaglochs auf Gehwegen ist eine Beseitigung des baulichen Zustands durch die Stadt unabdingbar, damit diese bei eventuellen Unfällen nicht haftbar gemacht werden kann?
2. Ab welcher Tiefe eines Schlaglochs auf Fahrbahnen ist eine Beseitigung des baulichen Zustands durch die Stadt unabdingbar, damit diese bei eventuellen Unfällen nicht haftbar gemacht werden kann?



**Antwort zu Anfrage 1612/2022 zur Ortsbeiratssitzung Mainz-Neustadt am 23.11.2022  
„Integriertes Entwicklungskonzept für die Mainzer Neustadt“ | CDU Anfrage**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**Plant die Verwaltung das Integrierte Entwicklungskonzept für die Neustadt weiter umzusetzen?**

Durch die veränderte Finanzlage der Stadt Mainz wurde die Förderung durch das Innenministerium beendet. In der Stadtratssitzung am 30.11.22 wird anhand der BV 1211/2022 die Beendigung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt sowie die Verstetigung der vorhandenen Strukturen ohne Förderung durch Bund und Land thematisiert.

Nach positiver Rückmeldung aus dem Stadtrat, werden neben den bereits bewilligten Bauprojekten, auch Projekte vollendet, welche noch nicht bewilligt wurden, jedoch einen Beteiligungsprozess durchlaufen haben.

**Welche Auswirkungen wird der Fortfall der Mittel aus der „Sozialen Stadt“ auf die künftige Geschwindigkeit der Umsetzung des IEK haben?**

Sollte die Beschlussvorlage 1211/2022 in der Stadtratssitzung beschlossen werden, werden die dort genannten noch zu vollendenden Maßnahmen in gewohnter Geschwindigkeit bearbeitet.

**Die letzte Fortschreibung wurde 2025 veröffentlicht. Für wann plant die Verwaltung eine weitere Fortschreibung?**

Ein Integriertes Entwicklungskonzept sowie die Fortschreibung dessen ist nur für ein Regionalfenster des Städtebauförderprogramms erforderlich. Sollte die Beschlussvorlage 1211/2022 in der Stadtratssitzung beschlossen werden, ist jedoch das Verfassen eines umfassenden Maßnahmenregisters („soziales IEK) angedacht. Dieses soll die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten im sozialen Bereich des Stadtteils abbilden und nach Beendigung sowie Schlussrechnung des Regionalfensters Anwendung finden.

Mainz, den 18. November 2022

gez.

Dr. Eckart Lensch  
Beigeordneter

CDU im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

## **Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23. November 2022**

### **Kommissbrotbäckerei: Selbstverpflegung für Vereine?**

Die Räume der Kommissbrotbäckerei werden künftig in Teilen kulturell genutzt. Den Plänen ist zu entnehmen, dass ein gastronomischer Betrieb dort auch angesiedelt werden soll, der das Catering vor allem des Saals übernehmen soll. Daraus ergibt sich folgende Frage:

Gibt es eine Küche im Gebäudekomplex, die von Vereinen, welche dort Veranstaltungen durchführen, zur Selbstversorgung genutzt werden darf? Für Vereine stellt die Bewirtung ihrer Gäste häufig eine wichtige Refinanzierungsmöglichkeit dar.

Mainz, 15.11.2022

gez. Karsten Lange





Antwort zur Anfrage Nr. 1614/2022 der CDU im Ortsbeirat betreffend **Sanierung von Mietwohnungen: Entwicklung der monatlichen Kosten (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**1. Wie hoch waren vor der Sanierung die durchschnittlichen Kaltmieten in den genannten Objekten pro Quadratmeter?**

Die durchschnittlichen Kaltmieten lagen vor Beginn der Modernisierungsmaßnahmen für die Mieter:innen

- in der Richard-Wagner-Straße bei 6,82 €/qm,
- am Barbarossaring bei 6,61 €/qm und
- in der Wallaustraße bei 7,03 €/qm.

**2. Wie hoch schätzt die Verwaltung nach Abschluss der Sanierung die durchschnittliche Ersparnis für die Mieter in Euro pro Quadratmeter bei den Nebenkosten gegenüber der Situation von vor der Sanierung ein?**

Die Energieeinsparungen bezogen auf den Primärenergiebedarf werden mit 15 bis 20 Prozent erwartet. Die tatsächliche Einsparung ist vom Nutzerverhalten abhängig. Aufgrund der volatilen Energiepreise kann eine zu erwartende konkrete Kosteneinsparung für die Mieter:innen nicht beziffert werden.

Mainz, 22.11.2022

gez.

Dr. Eckart Lensch  
Beigeordneter



Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Vorlage-Nr. 1626 / 2022

Anfrage zur Sitzung des Ortsbeirats Neustadt am 23.11.2022

## **Kunst im öffentlichen Raum in der Mainzer Neustadt**

Der Ortsbeirat hat am 16.11.2021 einen einstimmigen Antrag verabschiedet, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, die Aufstellung zeitgenössischer Kunst in die Neugestaltung am Caponniere einzubeziehen (Antrag: *Neue Kunst fürs Rheinufer: Kunst im öffentlichen Raum in die Neugestaltung der Freifläche rund um die Caponniere einbeziehen*).

Wir fragen daher die Verwaltung:

- Wann gedenken Sie, zu diesem Antrag Auskunft zu geben und haben schon Überlegungen zur Umsetzung stattgefunden?
- Welche Planungen gibt es generell für die Aufstellung zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum auf den neu entstehenden Plätzen in der Mainzer Neustadt (Karoline-Stern-Platz; Zollhafen-Areal)?

Clara Wörsdörfer (Bündnis 90 / Die Grünen)

Stadtverwaltung Mainz | Dezernat IV | Postfach 3620 | 55026 Mainz

Herr Ortsvorsteher  
Christoph Hand  
Ortsverwaltung Mainz-Neustadt

über Amt 10

durch..... 26. Okt. 2022  
10-Hauptamt 

Dezernat für Soziales, Kinder,  
Jugend, Schule und Gesundheit

Postfach 3620  
55026 Mainz  
Stadthaus, Kreyßig-Flügel | 5. OG  
Kaiserstraße 3-5

Ansprechperson:  
Toyah Hosni

Tel 0 61 31 12 41 15  
Fax 0 61 31 12 35 68  
Toyah.hosni@stadt.mainz.de  
www.mainz.de

Mainz, 24. Oktober 2022

**Anregungen aus der Mitte des Ortsbeirates;  
hier: Antwort zur Anfrage 0971/2022**


Sehr geehrter Herr Hand,

die ausstehende Beantwortung der Zusatzfragen des Ortsbeirats vom 14.09.22 beantworte ich wie folgt:



Wie bereits in meinem Schreiben vom 25.08.22 erläutert, erfolgt der Zuschnitt eines Regionalfensters die durch eine begleitete Voruntersuchung und Erstellung eines Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK). Dabei werden Ideen und Überlegungen aller Beteiligten aufgegriffen und analysiert. Falls die Ergebnisse dieses Verfahren es befürworten, ist es möglich Teilgebiete zweier Stadtteile in einem Regionalfenster zusammenzuschließen.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben den Mitgliedern des Ortsbeirates zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Eckart Lensch  
Beigeordneter

- II. z.d.A. Dez. IV
- IV. z.d.A. Amt 51
- V. z.d.A. Amt 10

 Kenntnis genommen  
II. Weiter an Ortsverwaltung  
Mainz- Neustadt  
II. Z.d.A./Wvl. mit Akten  
Mainz, 27.10.22  
10-Hauptamt  
Im Auftrag  




Antwort zur Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Neustadt am  
14.09.2022

Punkt 6.2 Fahrbahn Josefstraße (Die Linke)  
Vorlage: 0874/2022

Es ergeben sich folgende Nachfragen:

Geht die Verwaltung davon aus, dass die Josefstraße kein erhöhtes Unfallrisiko vorliegt?

Wann plant die Verwaltung, die Josefstraße zu reparieren?

Die Josefstraße wird regelmäßig durch einen Straßenbegeher der Stadt Mainz begangen. Der Bauhof hält die Josefstraße in einem verkehrssicheren Zustand. Die Josefstraße befindet sich in einem ihrem Alter entsprechendem Zustand mit den üblichen Schadensbildern.

Mainz, 17.11.22

  
Janina Steinkrüger  
Beigeordnete



## Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich
Amt/Aktenzeichen 61/

Datumsache Nr. 1390/2022
Datum 05.10.2022
TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	23.11.2022	Ö

<p><b>Betreff:</b> Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 2011/2020 SPD Ortsbeirat Mainz-Neustadt hier:Grüne Brücke endlich in Schuss bringen, Vorlage 0280/2021</p>
<p>Mainz, 11.10.2022</p> <p>gez. Janina Steinkrüger Beigeordnete</p>

### Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

## Sachverhalt:

### **Nachfragen aus der Ortsbeiratssitzung vom 17.03.2021.**

#### **Wann wurden die illegalen Schmierereien das letzte Mal entfernt oder überstrichen?**

Die letzte Graffiti-Entfernung fand 2017 an einer Stelle statt, da es sich an dieser Stelle um eine reine Betonfläche ohne Farbkonzept handelte.

Auf Flächen mit Farbkonzept des Künstlers Dieter Magnus ist die Entfernung nicht sinnvoll, da das ursprüngliche Farbkonzept wieder hergestellt werden muss.

Die Denkmalschutzbehörde wurde daraufhin hinzugezogen und befasst sich mit der Lösung. Die Graffiti-Reinigung mit anschließendem Neuanstrich wird anschließend erfolgen.

#### **Wann wurden die Leuchtmittel gereinigt?**

#### **Es handelt sich um einen wichtigen Schulweg, welcher entsprechend ausgeleuchtet sein sollte.**

Bei der Beleuchtung liegt eine ähnliche Problematik wie bei dem Farbkonzept der Grünen Brücke vor. Eine Reinigung ist aufgrund der besonderen Lampenform nur unter hohem Aufwand möglich. Die Beleuchtung unterliegt der Unterhaltung der Mainzer Netze und wird aus dem vorgenannten Grund beim turnusmäßigen Leuchtmittelwechsel gereinigt, welche wieder in 2 Jahren erfolgen wird.

Die Mainzer Netze haben jedoch zugesagt, den aktuellen Zustand zu prüfen und eine Sonderreinigung gegebenenfalls vorzuziehen.



## Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 1409/2022
Amt/Aktenzeichen 80/80.02	Datum 14.10.2022	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	23.11.2022	Ö

<p><b>Betreff:</b> Sachstandsbericht zu Antrag 0990/2022 (CDU); Bonifaziustürme: Gespräch mit Eigentümern suchen</p>
<p>Mainz, 26 Oktober</p> <p>gez.</p> <p>Manuela Matz Beigeordnete</p>

### Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Das Gespräch mit dem Eigentumsvertreter der Bonifaziustürme und der Tiefgarage ist im September erfolgt.

Der Eigentumsvertreter hat sein Konzept zur Verschönerung der Bonifaziustürme vorgestellt. Hiernach sollen Außenfassaden mit organisiertem Graffiti aufgewertet werden. Diese dienen auch gleichzeitig dem Zweck, unerlaubtes Graffiti zu verhindern.

Eine Neugestaltung des Hofes ist zurzeit nicht angedacht.

Bezüglich der Tiefgarage wird zusätzliches Personal bereitgestellt, um Präsenz zu zeigen und das Sicherheitsgefühl der Mieter zu stärken. Der Eigentumsvertreter wünscht sich diesbezüglich auch eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt.

Am Eingang der Tiefgarage soll ggf. die Begrünung geändert werden, um unerlaubtes Betreten zu verhindern.

Es wird angestrebt, die Maßnahmen des Amtes 61 und die der Eigentümer der Bonifaziustürme aufeinander abzustimmen, damit die Aufwertung zeitgleich erfolgen kann. Das Amt 61 wird dem Eigentumsvertreter eine Zeitschiene zukommen lassen, sobald diese erstellt werden kann. Hierfür wurden Kontaktdaten ausgetauscht.

Alle Beteiligten sind zuversichtlich, dass eine zukünftige Zusammenarbeit gelingen wird.



## Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich
Amt/Aktenzeichen 60/61 14 12 2

Drucksache Nr. 1448/2022
Datum 21.10.2022
TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am .....			
<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	23.11.2022	Ö

**Betreff:**  
Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0658/2021 (SPD), Ortsbeirat Mainz-Neustadt  
hier: Ausweisung von Graffiti-Übungsflächen

Mainz, 25.10.2022

gez.  
Marianne Grosse  
Beigeordnete

Das Stadtplanungsamt hat in Abstimmung mit dem Amt für Kultur und Bibliotheken den Antrag geprüft. Die Broschüre "Legales Graffiti in Mainz - Flächenpotenziale", die in Zusammenarbeit zwischen dem Stadtplanungsamt und dem Amt für Kultur und Bibliotheken entwickelt wurde, beinhaltet Graffitiflächen in allen Stadtgebieten. Im Zuge der Erstellung des Konzeptes wurden auch die im Antrag genannten Gebiete geprüft. Geeignete Graffiti-Übungsflächen wurden im Bereich Nordhafen und Ingelheimer Aue nicht gefunden. Durch die ansässigen gewerblichen Betriebe besteht zudem in den genannten Arealen hohes Gefahrenpotential.

Der genannte Standort "Busdepot der Mainzer Mobilität" liegt in der Entscheidungskompetenz der Mainzer Mobilität. Die Eigentümerin hat nach längerer Recherche und Diskussion keine geeigneten Flächen auf dem Betriebshof finden können.

Sollte der Ortsbeirat potentielle Flächen kennen, die für Graffiti-Übungsflächen geeignet wären, bittet die Verwaltung um einen Hinweis, wo sich diese befinden.





## Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 1551/2022
Amt/Aktenzeichen 67/	Datum 07.11.2022	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	23.11.2022	Ö

<p><b>Betreff:</b> Sachstandsbericht zu Antrag 1293/2022 der SPD Ortsbeirat Mainz-Neustadt betr. Brunnen vor dem Polizeipräsidium am Valenciaplatz</p>
<p>Mainz, 08.11.2022</p> <p>gez. Steinkrüger</p> <p>Janina Steinkrüger Beigeordnete</p>

### Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

### Sachverhalt:

Die Verwaltung hat den Wunsch auf Wiederertüchtigung des Brunnes auf dem Valenciaplatz zuständigkeitshalber an das Polizeipräsidium Mainz weitergeleitet. Sobald von dort eine Stellungnahme vorliegt, wird der Ortsbeirat Mainz- Neustadt unmittelbar unterrichtet.



Stadtverwaltung Mainz | Dezernat V | Postfach 3820 | 55028 Mainz

OV Mainz-Neustadt  
Hr. OV Christoph Hand

- über Amt 10 -

Beigeordnete Janina Steinkrüger  
Dezernat für Umwelt, Grün, Energie  
und Verkehr

Postfach 3820  
55028 Mainz  
Stadthaus Große Bleiche  
Zimmer 5.029  
Große Bleiche 46/ Löwenhofstraße

Ansprechperson  
Hans Schönemann  
Tel. 06131 12-4101  
Fax 06131 12-3357  
Hans.schoenemann@stadt.mainz.  
www.mainz.de

Mainz, 8.11.2022

### Goetheplatz statt Goethe-Wüste

Aktenzeichen:6700.66Neu

Sehr geehrter Herr Hand,

zu der Rasensanierung auf dem Goetheplatz nehme ich wie folgt Stellung.

Die Sanierung umfasst eine Fläche von ca. 3.750 qm und damit den größten Teil der Rasenflächen im Park. Eine Sanierung im direkten Kronenbereich der bestehenden Bäume erfolgt nicht, um Schäden am Wurzelwerk zu vermeiden.

Die Maßnahme beinhaltet den Abtrag und die Entsorgung der vorhandenen Grasnarbe, eine Tiefenlockerung bis ca. 30 cm und ein anschließendes Fräsen. Diese Bodenbearbeitungen sorgen zukünftig für eine verbesserte Wurzelentwicklung in der Tiefe und für eine verbesserte Aufnahme von Wasser bzw. erleichtern das Eindringen von natürlichen Niederschlägen in den Boden.

Zur Bodenverbesserung resp. zur Erhöhung des Gehalts an organischer Substanz, sowie zur Vorratsdüngung und Stabilisierung der Bodenreaktion wird auf die Flächen ein gütegesicherter Kompost eingearbeitet. Zusätzlich zu dem Kompost wird ein sog. Bodenaktivator, ein organischer NPK-Dünger mit lebenden Mykorrhiza-Pilzen ausgebracht, was den Anwuchserfolg und die Wurzelentwicklung des zukünftigen Rasens begünstigt.


Anschließend wird ein Feinplanum durchgeführt und eine ausgewählte Rasensaatgutmischung ausgebracht. Die Kriterien die zur Auswahl der Saatgutmischung führten, waren neben einer schnellen Etablierung am Standort, eine hohe Trockenheitsverträglichkeit und eine sehr hohe Robustheit sowie Strapazierfähigkeit.

Zur Etablierung des neuen Rasens wird zudem bis Ende Mai 2023 eine Fertigstellungspflege durchgeführt, die das Mähen, das Wässern und eine abschließende Frühjahrsdüngung beinhaltet. Während der Baumaßnahme und zu Beginn der Fertigstellungspflege werden die zu sanierenden Flächen mit Bauzaun abgesperrt um das Betreten temporär zu unterbinden.

Bitte unterrichten Sie den Ortsbeirat entsprechend.

Mit freundlichen Grüßen

Janina Steinkrüger  
Beigeordnete





## Beschlussvorlage

öffentlich		Drucksache Nr. 1211/2022
Amt/Aktenzeichen 51/50.03 SST	Datum 24.08.2022	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 13.09.2022

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Jugendhilfeausschuss	Vorberatung	29.09.2022	Ö
Ortsbeirat Lerchenberg	Kenntnisnahme	10.11.2022	Ö
Ortsbeirat Neustadt	Kenntnisnahme	23.11.2022	Ö
Ortsbeirat Mombach	Kenntnisnahme	24.11.2022	Ö
Stadtrat	Entscheidung	30.11.2022	Ö

**Betreff:**  
**Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt (SST)/Sozialer Zusammenhalt“**  
**hier: Beendigung des Städtebauförderprogramms und Verstetigung der vorhandenen sozialen Strukturen ohne Fördermittel durch Bund und Land**

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 02. September 2022

gez.

Dr. Eckart Lensch  
Beigeordneter

Mainz, 14. September 2022

gez.

Michael Ebling  
Oberbürgermeister

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die Beendigung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt / Sozialer Zusammenhalt in der Landeshauptstadt Mainz durch das Land Rheinland-Pfalz zur Kenntnis und beschließt, nach Vorberatung der oben genannten Gremien, die bereits geplanten Projekte und Maßnahmen ohne Förderung durch Bund und Land abzuschließen und die aufgebauten sozialen Strukturen mittels einer Stadtteilkoordination zu verstetigen.

## 1. Sachverhalt

Das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm Soziale Stadt (seit 2020 Sozialer Zusammenhalt) wurde 1999 mit dem Ziel beschlossen – und seit 2000 in der Landeshauptstadt Mainz umgesetzt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen gezielt zu fördern und die Wohn- und Lebensbedingungen in den Stadtteilen zu verbessern. Zielgerichtete Investitionen in eine verbesserte Infrastruktur sind oberstes Prinzip. Das Programm umfasst dabei aber nicht nur investive und bauliche Verbesserungsmaßnahmen, sondern fördert auch Entwicklungen in Bereichen wie Kultur, Freizeit, Sicherheit, Familien, Senior:innen, Jugend, Umwelt sowie Arbeits- und Ausbildungsförderung. Die aktive Einbeziehung und Beteiligung der Bewohner:innen an der Gestaltung ihres Lebens- und Wohnumfeldes ist das herausragende Prinzip. Durch Partizipation soll die derzeitige Lebenssituation und Lebenswelt verbessert, sowie positive Zukunftsperspektiven entwickelt werden.

In Mainz gibt es drei sogenannte Regionalfenster (Quartiere) in den Stadtteilen Lerchenberg, Mombach und Neustadt. Für die Umsetzung in den Stadtteilen ist ein wesentlicher Bestandteil des Programms das Quartiermanagement. Das Quartiermanagement hat eine wichtige Funktion im Rahmen der Entwicklungsprozesse im Quartier: Es dient als Schnitt- und Koordinationsstelle zwischen der Stadtverwaltung, den Bewohner:innen, Institutionen, Organisationen und Unternehmen. Das Quartiermanagement begleitet die Projekte und Bauvorhaben des Programms Soziale Stadt, unterstützt die Aktivitäten und Anregungen der Bewohner:innen und fungiert als Ansprechpartner:in im jeweiligen Regionalfenster. Die Vernetzung und Zusammenarbeit aller engagierten Akteur:innen soll gefördert und gebündelt werden, um vorhandene und über die Jahre aufgebaute Strukturen zu stärken und neue Projekte zu entwickeln. Auf breiter Ebene soll so die Bereitschaft gestärkt werden, an der Gestaltung des Stadtteils aktiv mitzuwirken. Das Quartiermanagement setzt sich derzeit aus vier Vollzeitäquivalenten (projektbezogene Befristung der Stellen) zusammen.

Die Grundlage für die Entwicklungsprozesse im jeweiligen Stadtteil bildet das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK), welches in Zusammenarbeit von Verwaltung, Bewohner:innenschaft und Politik erstellt und fortgeschrieben wird. Hier werden Handlungs- und Entwicklungsfelder im Bereich der Stadt- und Freiraumplanung, Gemeinwesenarbeit und Ökonomie gelistet und konkrete Maßnahmen definiert. Anhand der aufgeführten Maßnahmen des IEK der jeweiligen drei Regionalfenster wurde eine Oberzentrenliste erstellt, welche die Bauvorhaben in den einzelnen Stadtteilen sowie deren finanziellen Rahmen und das Antragsjahr darstellt.

In Planung befindliche ausstehende Bauprojekte und bereits bewilligte (geförderte) Bauprojekte in der Neustadt sind die Bonifaziusstraße und –platz, der Karoline-Stern-Platz, in der Wallaustraße das Sonderbauwerk Sandsteinmauer sowie die Erweiterung des Emauswegs und die Caponiere. Im Regionalfenster Lerchenberg wird das Fassadenprogramm im Einkaufszentrum, das Bürgerhaus sowie das Umfeld des Bürgerhauses gefördert. In Mombach sind keine Bauprojekte mehr ausstehend.

Die Anträge an den Fördergeldgeber werden grundsätzlich jährlich gestellt. Im Jahr 2022 hat das Innenministerium des Landes die Förderung aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt für beendet erklärt; Grund ist die veränderte Finanzlage der Stadt. Gespräche mit dem Innenministerium, das Programm „Soziale Stadt“ auf Grund seiner sozialpolitischen und städtebaulichen Bedeutung doch bei deutlich niedrigerer Förderquote durch das Land aufrecht zu erhalten, führten mit Verweis auf haushaltsrechtliche Bestimmungen seitens des Landes zu keinem einvernehmlichen Ergebnis. Im Jahr 2022 konnte kein Antrag mehr für Städtebauförderungsmittel beim Land gestellt werden.

Nicht bewilligte ausstehende Projekte, also solche die im IEK bzw. der Oberzentrenliste aufgeführt sind und bereits einen Beteiligungsprozess durchlaufen haben, kommuniziert wurden aber nicht mehr gefördert werden, sind in der Neustadt der Bereich des Rheinufers (vom Kaisertor bis Feldbergplatz) und auf dem Lerchenberg die Hindemithstraße sowie der Spielplatz am Bürgerhaus.

Zu den Bauprojekten hinzu kommen jährlich anfallende Kosten für alle drei Stadtteile in Form von Personalkosten, Sachkosten, Öffentlichkeitsarbeit und dem Verfügungsfonds. Auch hierfür erhält die Stadt seit 2022 keine Förderung mehr. Im Doppelhaushalt 2023/2024 sind diese Ausgaben bereits gelistet. Eine Refinanzierung durch den Fördergeber entfällt.

## **2. Lösung**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung die noch ausstehenden und nicht zu beantragenden Bauprojekte – ohne eine Förderung durch Bund und Land – weiterzuführen. Die derzeit vier Vollzeit-äquivalente des Quartiermanagements werden ab dem 01.01.2023 entfristet (SuE 15 bzw. E10) und wiederbesetzt, um die in den Stadtteilen vorhandenen Strukturen zu erhalten und zu verstetigen.

### **Übergangsphase**

Bis zur Beendigung der ausstehenden bewilligten sowie der nicht bewilligten Maßnahmen bleibt die bisherige Struktur erhalten: Die Umsetzung erfolgt weiterhin dezernatsübergreifend, verortet im Amt für Jugend und Familie. Die Programmziele zur Umsetzung der Projekte sind weiterhin die Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität, die Integration aller Bevölkerungsgruppen und die Stärkung des Zusammenhalts in der Nachbarschaft. Das Quartiermanagement wird weiterhin für die Mobilisierung von Teilhabe und ehrenamtlichen Engagements zuständig sein.

Die Beendigung des Städtebauförderprogramms in ihrer jetzigen Form erfolgt im jeweiligen Regioalfenster mit der Schlussrechnung, also nach Abschluss aller ausstehenden und bewilligten Bauprojekte. Dies wird voraussichtlich in Mombach im Jahr 2023, auf dem Lerchenberg in 2024/2025 und in der Neustadt in 2025/2026 erfolgen.

Der Verbleib in der bisherigen Struktur garantiert eine sichere Durchführung der ausstehenden und geplanten Projekte.

### **Verstetigung - Stadtteilkoordination**

Die durch die Soziale Stadt und das Quartiermanagement aufgebauten Strukturen und Netzwerke im Stadtteil sollen nachhaltig weiterwirken. Aufgrund der Erfahrung der letzten 20 Jahre und im Sinne des integrierten und ganzheitlichen Ansatzes wird weiterhin daran festgehalten, den gesamten Stadtteil/Sozialraum zu betrachten.

Nach sukzessivem Abschluss der Projekte der Sozialen Stadt, soll an deren Stelle „Stadtteilkoordination“ die Neukonzeptionierung begleiten und später auch umsetzen.

Die Sozialraumanalyse zeigt weiterhin die größten Bedarfe in den jetzigen Stadtteilen auf. Gleichzeitig müssen die (bewilligten) Projekte der Sozialen Stadt bis zur Schlussrechnung und Abschlussbericht betreut werden.

Ein Rahmenkonzept für eine langfristige Verstetigung, dass sich an den Aufgaben des Quartiermanagements orientiert, wird erarbeitet.

Dieses wird durch die vier vorhandenen Stellen der Quartiermanger:innen zunächst in den bestehenden Quartieren Mombach, Neustadt und Lerchenberg unter Einbezug der stadtteilbezogenen Interessen konzeptioniert und etabliert.

Durch Einbeziehung der Bevölkerung in den gesamten Prozess von der Ideenfindung über Planung bis zur Umsetzung einzelner Maßnahmen soll eine hohe Akzeptanz und damit ein dauerhaft-

ter Erfolg der Projekte erreicht werden. Die Bürger:innen sollen als verantwortliche Partner:innen mit neuen Formen der Beteiligung an der Belebung ihres Wohnquartiers aktiv mitarbeiten.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, ist es notwendig, ein umfassendes Maßnahmenraster („soziales IEK“) zu entwickeln. Hierbei sollen die jeweiligen komplexen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtteile im Rahmen eines integrierten, auf die spezifischen Potentiale abgestimmten Gesamtkonzepts für die jeweiligen Stadtteile erarbeitet werden. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse aus der Sozialraumanalyse.

### **3. Alternative**

Die Alternative ist die Beendigung des Programms mit Fertigstellung der ausstehenden und bewilligten Bauprojekte im Regionalfenster Mombach in 2022 sowie in den Regionalfenstern Neustadt und Lerchenberg ca. 2024. Eine Ausführung der bereits geplanten bzw. ausstehenden aber nicht bewilligten Bauprojekte erfolgt nicht. Die Arbeitsverträge der bis 31.12.2023 befristeten angestellten Quartiermanager:innen laufen aus. Eine Stadtteilkoordination wird nicht konzipiert und die vorhandenen und etablierten Strukturen entfallen ersatzlos.

### **4. Ausgaben/Finanzierung**

Es ist zwischen jährlich anfallenden Kosten und Projektkosten zu unterscheiden. Die jährlich anfallenden Kosten beinhalten Personalkosten (intern wie extern), Sachkosten, Öffentlichkeitsarbeit und Verfügungsfonds und belaufen sich auf insgesamt ca. 479.000 € pro Jahr. Hinzu kommen Projektkosten für die noch ausstehenden und nicht bewilligten Bauvorhaben. Die Projektkosten wurden in Höhe von ca. 4,5 Mio. in die neue Haushaltsplanung aufgenommen. Mehrkosten und überplanmäßige Mittel werden mittels Beschlussvorlagen bereitgestellt. Eine Refinanzierung durch das Städtebauförderprogramm entfällt.



## Beschlussvorlage

öffentlich		Drucksache Nr. 1387/2022
Amt/Aktenzeichen 61/Dezernat VI / 2 60 00 30 162 07 und 2 66 11 19 / 0	Datum 14.10.2022	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 25.10.2022			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Beratung	16.11.2022	Ö
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Beratung	23.11.2022	Ö
Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie	Beratung	09.11.2022	Ö
Bau- und Sanierungsausschuss	Beratung	17.11.2022	Ö
Stadtrat	Entscheidung	30.11.2022	Ö

<p><b>Betreff:</b> Forum Regierungsviertel 2023</p>
<p>Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen</p> <p>Mainz, 14.10.2022</p> <p>gez. Marianne Grosse Beigeordnete</p>
<p>Mainz, 27.10.2022</p> <p>gez. Günter Beck Bürgermeister</p>

### Beschlussvorschlag:

Der **Stadtvorstand**, **Ortsbeirat Mainz-Altstadt**, **der Ortsbeirat Mainz-Neustadt**, **der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie**, **der Bau- und Sanierungsausschuss** empfehlen, **der Stadtrat** beschließt die Neugründung des Forums Regierungsviertel und die Durchführung des Verfahrens in der dargestellten Form. Die vom Forum 2009 verabschiedeten und den politischen Gremien zustimmend zur Kenntnis genommenen Empfehlungen sollen Berücksichtigung finden.



## 1. Anlass

Nachdem die Ausrichtung der Landesgartenschau Rheinland-Pfalz 2027 an Neustadt a.d.W. vergeben wurde, sollen die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie für die zukünftige Entwicklung des Regierungsviertels genutzt werden. Das *Forum Regierungsviertel* - welches zuletzt 2009 getagt hatte – soll neu gegründet werden und sich mit der Entwicklung des Regierungsviertels in öffentlicher Sitzung und unter Beteiligung der Bürgerschaft befassen.

Primär könnte das Umfeld des Kurfürstlichen Schlosses im Zuge der Gebäudesanierung nach Auszug des RGZM aufgewertet und über die Große Bleiche hinweg mit dem Landtag von Rheinland-Pfalz, dem Deutschhausplatz und dem Platz der Mainzer Republik verknüpft werden.

Der gesamte öffentliche Raum des Regierungsviertels ist durch unterschiedlich gestaltete Plätze und Straßen geprägt, die aus heutiger Sicht vielfältige Defizite ausweisen- allem voran einem z.T. hohen Versiegelungsgrad. Bezüge zwischen den einzelnen Teilflächen sind oft nicht vorhanden. Der Sanierungsbedarf ist erheblich.

Im Jahr 2009 verabschiedete das Forum Empfehlungen für die städtebauliche Entwicklung des Regierungsviertels, die den politischen Gremien zur Beratung vorlagen und als Grundlage eines Freianlagenwettbewerbs dienen sollten. Fehlende Haushaltsmittel verhinderten in der Folge einen mit dem Land Rheinland-Pfalz geplanten Freianlagenwettbewerb.

## 2. Bearbeitungsgebiet



Grafik: Stadtplanungsamt Mainz, 2022

Das Bearbeitungsgebiet umfasst das „Regierungsviertel“ von Rheinland-Pfalz, begrenzt von Rheinuferpromenade, Diether-von-Isenburg-Straße, Ernst-Ludwig-Straße, Große Bleiche, Flachmarktstraße, Reichklarastraße und Zeughausgasse und ist somit identisch mit dem Untersuchungsgebiet aus den Jahren 2008 und 2009.

Die Bearbeitung muss diesen vielfältigen Raum im Prozess adäquat berücksichtigen. Dazu sind auch die jeweiligen Orte im weiteren Verfahren gezielt und jeweils genau in den Blick zu nehmen.

### 3. Städtebauliche Kurzanalyse

#### Nutzungen im Plangebiet:

Die Liste der Landesinstitutionen und weiterer bedeutenden Einrichtungen im Plangebiet verdeutlicht die funktionale Bedeutung des Gebietes. Hier befinden sich u.a.:

- Landtag von Rheinland-Pfalz
- Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- Landgericht
- Amtsgericht
- Landessozialgericht
- Landesarbeitsgericht
- Sozialgericht
- Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz
- RGZM (bis Auszug in Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie)
- Kurfürstliches Schloss (Mainz Plus Citymarketing)
- Kommunale Spitzenverbände
- Landesärztekammer
- Kath. Pfarramt St. Peter / St. Emmeran
- Naturhistorisches Museum (Auslagerung Gutenberg Museum)
- Anne Frank Realschule Plus

#### Angrenzende Nutzungen:

- Abgeordnetenhaus Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz
- Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

#### Städtebauliche Qualitäten:

- Bedeutende überregionale Nutzungen und Funktionen (s.o.)
- Zentrale Lage zwischen Altstadt und Neustadt
- Nähe zur Innenstadt und zum Landschaftsraum Rhein
- Größte zusammenhängende Freifläche der Innenstadt
- Größte zusammenhängende Grünfläche der Innenstadt
- Stadtbildprägende historische Bausubstanz
- Touristische Ziele
- Urbane Funktionsmischung in unmittelbarer Nähe
- Mehrere Tiefgaragen in unmittelbarer Nähe

#### Städtebauliche Defizite:

Das mittelalterliche Mainz war auf den Dombereich orientiert. Erst die Stadterweiterung des 19. Jahrhunderts i.V.m. der Verlagerung der Hessischen Ludwigsbahn vom Rheinufer an die Hangkante des Jakobsbergs führte zu einer stärkeren Verknüpfung der Stadt mit dem Rhein. Eine eindeutige Schwerpunktbildung blieb jedoch auch nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges in der Wiederaufbauphase aus. Das Regierungsviertel wurde nach Bedarf schrittweise erweitert. Folge: eine einheitliche Identität ist kaum erkennbar.

- Das "Regierungsviertel" des Landes Rheinland-Pfalz ist städtebaulich und stadtgestalterisch wenig prägnant.
- Es fehlt eine städtebauliche "Mitte".
- Räumliche und funktionale Potentiale konnten bisher noch nicht ausreichend genutzt werden.
- Die Nutzung der öffentlichen Räume entspricht nicht ihrer stadträumlichen Qualität (Deutschhausplatz teilweise als Parkplatz genutzt, Ernst-Ludwig-Platz nur gering frequentierte Grünfläche, Parkplatz Schloss ausschließlich zum Parken genutzt)
- Platz der Mainzer Republik und Deutschhausplatz gehen diffus und wenig strukturiert in Ernst-Ludwig-Platz und Helmut-Kohl-Platz ineinander über.
- Ruhender und fließender Verkehr (Parkplatz Schloss / Deutschhausplatz, Barrieren Peter-Altmeier-Allee und Große Bleiche etc.) belasten das Gebiet und verhindern die Gestaltung eigenständiger, spannungsreicher Stadträume.

#### 4. Veränderte Aufgabenstellung – Beteiligung der Stadtgesellschaft

Wesentliche (stadt-)gesellschaftliche Fragestellungen und Herausforderungen stellen sich beinahe 15 Jahre nach dem ersten Forum neu dar. Alleine die Fragestellungen, die mit der Klimaentwicklung zusammenhängen, sorgen bei vielen Akteuren, die zu beteiligen sind, für neue Denkansätze, Wünsche und Vorstellungen. Nach zahlreichen Krisen, neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen, veränderten finanziellen Möglichkeiten und neuen Anforderungen an Beteiligung haben all diese Entwicklungen Einfluss auf die Konzeption des „Forum Regierungsviertel 2023“ und des kommenden Prozesses.

##### Erneuerung eines prominenten Stadtraums – nachhaltige Stadtentwicklung

Wie bereits in der Bewerbung zur Landesgartenschau dargelegt, steht Mainz wie viele andere Städte vor einem umfassenden Veränderungsdruck: Der Klimaschutz, die Energiewende, die Zukunft der Mobilität, die Bewahrung von Biodiversität und von natürlichen Ressourcen sind nur einige Schlagworte zur großen Bandbreite der gegenwärtigen Herausforderungen in der Stadtentwicklung. Diese projizieren sich insbesondere auf die Freiräume als der „grünen Infrastruktur“ von Mainz.

Mainz braucht zukunftsweisende Konzepte zur Stärkung der städtischen Freiraumausstattung. Eine zunehmend diversifizierte Stadtgesellschaft bringt neue Prioritäten und Nutzungsansprüche hervor, die sich im Angebot von Plätzen, Parkanlagen, Sport- und Spielflächen wiederfinden müssen. Darüber hinaus werden die Ökosystemleistungen von begrüntem Freiräumen wieder verstärkt als ebenso wichtige Faktoren von städtischer Lebensqualität wahrgenommen. Das Freiraumangebot gehört damit zur zentralen Infrastruktur einer Stadt.

In der hochverdichteten Innenstadt von Mainz zeigen sich die Defizite an der grünen Infrastruktur am deutlichsten. Dieses Manko beeinträchtigt viele städtische Funktionen wie die Qualität des Wohnens, die Identität des Stadtbildes, die Biodiversität und die Klimaresilienz der Stadt. Dabei spielt die Ertüchtigung der bestehenden Freiräume eine entscheidende Rolle. Die Verbesserung des Bestandes hinsichtlich Nutzbarkeit und Vernetzung, ökologischer Qualität und kulturhistorischer Ausstrahlung ist gerade in Mainz von eminenter Bedeutung.

Auch das Regierungsviertel weist deutliche Defizite auf. Insbesondere in den wichtigsten Bereichen des Freiraumsystems, dem Ernst-Ludwigs-Platz mit Helmut-Kohl Platz, Platz der Mainzer Republik und Deutschhausplatz konnten erforderliche Erneuerungsmaßnahmen bisher, wenn überhaupt, dann nur fragmentarisch umgesetzt werden. Darüber hinaus fehlt es den Straßenräumen und Plätzen an Aufenthaltsqualität, Begrünung und Repräsentativität. Hierunter leiden zentrale Funktionen wie die Wohn- und Lebensqualität, das Image und die Attraktivität des Stadtbildes sowie die stadtökologische Situation.

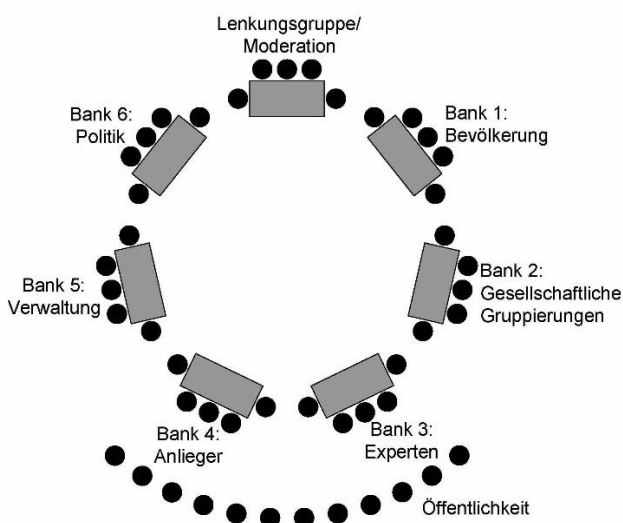
### Förderung des Klimaschutzes und der Klimaresilienz

Die Beteiligungsveranstaltungen im Zuge der Bewerbung zur Landesgartenschau zeigten deutlich, wie akut die Bürgerschaft unter der zunehmenden sommerlichen Überhitzung der dicht bebauten Innenstadt leidet. Auch außerhalb kommunalpolitischer Parteien ist der Klimaschutz in Mainz in Form von bürgerschaftlichen Initiativen außerordentlich präsent. So bestimmt die Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsaufgabe alle Disziplinen der Stadtentwicklung.

Seit 1993 ist Mainz Mitglied im Klimabündnis und seit 1994 wirkt ein Mainzer Klimaschutzbeirat. 2016 beteiligte sich die Landeshauptstadt am Förderprogramm „Masterplan 100 % Klimaschutz“, einer Exzellenzinitiative des Bundesumweltministeriums. Nach dem Beschluss des Stadtrates zum „Klimanotstand“ von 2019 besteht die Absicht, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. So könnte auch eine Umgestaltung des Regierungsviertels wichtige Beiträge zur Anpassung der Stadt- und Freiräume an den Klimawandel und zur Förderung der Klimaresilienz liefern.

## 5. Prozess und Vorgehen

Aktuell befindet sich das Verfahren in der Vorbereitungsphase. Die als öffentliche Veranstaltungen geplanten Foren sind für Anfang 2023 geplant. Das mit Öffentlichkeitsprozessen erfahrene Kölner Büro Squirrel & Nuts konnte für eine Zusammenarbeit gewonnen werden.



Das „Forum Regierungsviertel 2023“ soll sich wie schon 2008 und 2009 aus sogenannten „Bänken“ mit ca. 50 Vertreter:innen der Bevölkerung, von gesellschaftlichen Gruppierungen, Expert:innen, Anlieger:innen und Vertreter:innen von Verwaltung und Politik zusammensetzen. Eine sechste Bank wird von einer Lenkungsgruppe und der Moderation besetzt.

Grafik: Stadtplanungsamt Mainz, 2008

Die Landeshauptstadt Mainz möchte einen neuen Planungsprozess für das Regierungsviertel von Rheinland-Pfalz mit dem Ziel eines Stadtentwicklungskonzeptes anstoßen. Das Stadtentwicklungskonzept soll konkrete Maßnahmen umfassen, die dem Regierungsviertel eine eigene Identität verleihen, den öffentlichen Raum aufwerten und die Lebens- und Aufenthaltsqualität steigern. Dabei soll die Klimaresilienz gestärkt und die Biodiversität erhöht werden. Die Maßnahmen sollen dem drohenden Klimawandel entgegenwirken.

Für den Planungsprozess ist vorgesehen, das „Forum Regierungsviertel“ (wieder) ins Leben zu rufen, um eine breite Diskussion und stadtgesellschaftlichen Konsens über das Vorhaben zu entwickeln. Das Forum soll in drei Sitzungen zusammenkommen. Um einen breiten Konsens in der Stadtgesellschaft herzustellen, sollte das Forum um breit angelegte, ergänzende Beteiligungsformate erweitert werden. Diese Beteiligungsformate können z.B. sein: Reallabore und Interventionen im öffentlichen Raum, Spaziergänge mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Gebiet, Kinder- und Jugendbeteiligungen, Uni-Blockseminare. Eine genaue Definition erfolgt im Laufe des Verfahrens.

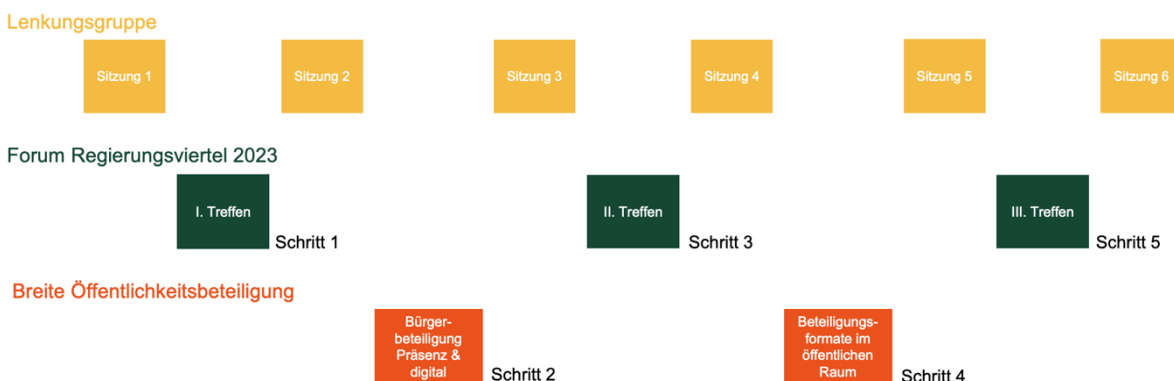
Der gesamte Prozess soll von einer Lenkungsgruppe gesteuert und unterstützt werden, die zur Vorbereitung der jeweiligen Schritte des Prozesses und zur Beratschlagung über die jeweiligen Ergebnisse der Schritte zusammentritt und aus Vertreter:innen der Stadtverwaltung, der Landtagsverwaltung, der Staatskanzlei, des Finanzministeriums und der Architektenkammer RLP bestehen könnte.

Der Projektzeitraum ist bis Mitte 2023 geplant. Zu seinem Abschluss sollen Empfehlungen an die politischen Gremien der Stadt als Basis für einen Freianlagenwettbewerb vorliegen.

Beteiligungsschritte:

- Schritt 1: I. Forum Regierungsviertel 2023 – UPDATE**
- Schritt 2: Breite Bürger:innenbeteiligungen in Präsenz und online: Bürgerinnen und Bürger haben das Wort
- Schritt 3: II. Forum Regierungsviertel 2023**
- Schritt 4: Entwicklung erleben: Reallabore, Interventionen, Spaziergänge, Kinder- und Jugendbeteiligung, Blockseminar
- Schritt 5: III. Forum Regierungsviertel 2023 – Empfehlungen**

Schematische Darstellung der Sitzungsfolge



Grafik: Squirrel & Nuts, Köln 2022

## 6. Kosten

Im Haushalt stehen ca. 140.000,- € für die Ausrichtung des Forums und des späteren Wettbewerbs zur Verfügung.

## 7. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

keine

## 8. Alternativen

Auf die Durchführung des Forums Regierungsviertel und des Freianlagenwettbewerbs Regierungsviertel wird verzichtet.

## 9. Anhang

### Empfehlungen des Forums Regierungsviertel 2009

Das Forum Regierungsviertel hatte folgende Empfehlungen verabschiedet, die den politischen Gremien zur Kenntnisnahme und Bestätigung vorgelegt wurden:

#### Hauptempfehlungen

I.

*Das Regierungsviertel besitzt für die Stadt Mainz und für das Land Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung. Daher müssen die Stadträume mit sehr hoher Qualität gestaltet und genutzt werden. Das Forum empfiehlt einen städtebaulichen Wettbewerb mit dem Ziel durchzuführen, dem Regierungsviertel durch eine nachhaltige Umgestaltung ein neues Image und eine neue Identität zu verleihen. Dabei sollen die Prinzipien des Gender Mainstreaming beachtet werden.*

II.

*Das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbes soll zeitnah realisiert werden, wobei der Deutschhausplatz mit Priorität umgestaltet werden soll. Nach Neugestaltung des Deutschhausplatzes sollen zeitnah die weiteren Bereiche des Regierungsviertels im Sinne eines Gesamtkonzeptes qualitativ realisiert werden.*

III.

*Bei Entwicklung eines ganzheitlichen Gestaltungskonzeptes für das Regierungsviertel soll die besondere Lagegunst der Stadt Mainz und des Regierungsviertels am Rhein berücksichtigt werden. Das Forum Regierungsviertel empfiehlt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine intensivere Verknüpfung des Rheinuferes mit dem Regierungsviertel über die Peter-Altmeier-Allee hinweg zu gewährleisten.*

IV.

*Eine weitgehende Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raumes und eine funktionale Verknüpfung der öffentlichen Räume über die Große Bleiche hinweg werden angemahnt. Das Forum Regierungsviertel emp-*

fehlt, durch geeignete Maßnahmen die städtebauliche Barriere Große Bleiche zu entschärfen und die Quermöglichkeiten zu verbessern.

V.

Das Forum Regierungsviertel empfiehlt die Schaffung einer öffentlich wirksamen Nutzung und eine attraktive Gestaltung der öffentlichen Räume und, je nach Möglichkeit, der angrenzenden Gebäude. Insgesamt soll eine eigenständige Identität und eine hohe Aufenthaltsqualität geschaffen werden. Hierzu wird auch eine Verlagerung des ruhenden Verkehrs für notwendig erachtet.

VI.

Der Freiraum des Regierungsviertels besitzt keine eindeutige Struktur und geht teilweise diffus ineinander über. Hierdurch verliert er an eigener Kraft und kann keine eigenständige Identität entwickeln. Das Forum regt an, durch raumbildende Maßnahmen den Freiraum stärker als bisher zu strukturieren. Hierbei sind Blick- und Wegebeziehungen zu beachten.

VII.

Die zukünftige Nutzung der öffentlichen Räume wie auch der angrenzenden Gebäude - allen voran des Kurfürstlichen Schlosses - sind von entscheidender Bedeutung für das Image, die Identität und die Attraktivität des Regierungsviertels. Das Forum Regierungsviertel empfiehlt dringend ein umfassendes und nachhaltiges Nutzungskonzept im Vorfeld des Wettbewerbes zu entwickeln. Hierbei soll eine Nutzungsmischung bzw. publikumsattraktive Nutzungen angestrebt werden.

VIII.  
Aus Sicht des Forums Regierungsviertel kann das Laborgebäude nach Verlagerung des Römisch-Germanischen Zentralmuseums (RGZM) aufgegeben und zurückgebaut werden. Die freie Fläche kann nicht mehr bebaut werden. Baumassen können im Bereich Ernst-Ludwig-Straße, Dietber-von-Isenburg-Straße oder Kaiser-Friedrich-Straße verortet werden, wobei insbesondere die Belange der Denkmalpflege zu berücksichtigen sind. Die Nutzung eines neuen Gebäudes soll im Kontext mit dem Nutzungskonzept des Schlosses definiert werden.

IX.

Die denkmalgeschützte Steinhalle muss erhalten bleiben. Zur besseren Verknüpfung des Schlosshofs mit dem öffentlichen Raum könnte eine stärkere Transparenz und Durchlässigkeit der Steinhalle (visuell und funktional) angestrebt werden.

X.

Das ehemalige Kurfürstliche Schloss dominiert zusammen mit dem Deutschhaus, Zeughaus, Sautanz, Justizgebäude und der Kirche St. Peter nachhaltig das Regierungsviertel. Aus Sicht des Forums muss bei der städtebaulichen Entwicklung des Regierungsviertels sichergestellt werden, dass dieses Gebäudeensemble durch keine baulichen oder anderweitigen Maßnahmen verstellt oder beeinträchtigt wird.

## **Empfehlungen im Einzelnen**

### Gestaltung

1.

Alle Maßnahmen im Regierungsviertel, die Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes ausüben, sollen dem übergeordneten Ziel der Imageverbesserung und einer neuen Identität unterliegen.

2.

*Die Plätze Deutschhausplatz, Ernst-Ludwigs-Platz und Schlossplatz bilden das Grundgerüst des öffentlichen Raumes im Regierungsviertel. Das Forum empfiehlt, die Plätze durch Raum bildende Maßnahmen stärker voneinander abzugrenzen.*

3.

*Im Zuge des Wettbewerbes empfiehlt das Forum die Raum bildende Kanten an der Diether-von-Isenburg-Straße und der Ernst-Ludwig-Straße wie auch die städtebauliche Kante "Rheinfront" zu überprüfen.*

4.

*Im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbes sollten für die einzelnen Plätze Gestaltungskonzepte entwickelt werden, die durch Alleinstellungsmerkmale eigene Identitäten erzeugen, z.B. repräsentativer Deutschhausplatz - Ernst-Ludwigs-Platz mit Erholungsfunktion - repräsentativer Schlossplatz mit Aufenthaltsqualität.*

5.

*Das Forum empfiehlt die Aufenthaltsfunktion der Plätze generell zu erhöhen. Die Gestaltung der Freiflächen soll dazu beitragen, dass die Plätze belebt werden.*

6.

*Die Lagegunst des an den Landschaftsraum Rhein angrenzenden Regierungsviertels soll zukünftig stärker genutzt werden. Das Forum regt an, das Regierungsviertel stärker mit dem Rheinufer zu verknüpfen.*

7.

*Eine stärkere Präsenz der Martinsburg im Stadtbild als Beitrag zur erlebbaren Geschichte der Stadt Mainz ist sinnvoll und soll bei einer Neugestaltung des Schlossvorfeldes berücksichtigt werden.*

8.

*Das Schlossvorfeld kann durch eine Neugestaltung mit Aufenthaltsfunktion zur Belebung des Areals beitragen. Denkbar ist z.B. die Anordnung von Sitzstufen.*

9.

*Die Kunst im öffentlichen Raum im Regierungsviertel bedarf einer Neuordnung. Ein behutsamer Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum wird angemahnt. Bei der Neu-Präsentation künstlerischer Beiträge wie Skulpturen etc. soll auch an die Geschichte der Frauen und weibliche Persönlichkeiten erinnert werden.*

10.

*Sicht- und Wegebeziehungen können spannungsreich die einzelnen Plätze, Freiflächen und Gebäude verbinden. Sie zu bewahren und wiederherzustellen soll ein wesentlicher Bestandteil des Wettbewerbsverfahrens sein. Insgesamt soll eine differenzierte Platzfolge angestrebt werden.*

11.

*Bei der Planung ist auf eine hervorragende barrierefreie Gestaltung zu achten. Damit soll die Nutzbarkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter oder Behinderung, erreicht werden. Die barrierefreie Auffindbarkeit und Zugänglichkeit der Gebäude im Regierungsviertel soll verbessert werden.*



12.

*Eine attraktive Beleuchtung der öffentlichen Räume und Gebäude im Regierungsviertel trägt erheblich zum Imagegewinn bei. Eine umfassende Lichtplanung auf Grundlage des städtischen Beleuchtungskonzeptes für die Mainzer Innenstadt ist erforderlich.*

13.

*Die Orientierung soll verbessert, Angsträume vermieden und die Transparenz und Übersichtlichkeit gewährleistet sein.*

14.

*Die Verwendung hochwertiger Materialien, Oberflächen, Möbeln etc. ist zwingend erforderlich um der herausgehobenen Bedeutung des Regierungsviertels für die Stadt Mainz und das Land Rheinland-Pfalz gerecht zu werden.*

15.

*Das Naturhistorische Museum ist ein wichtiger Bestandteil an der Nahtstelle zwischen Regierungsviertel und Altstadt. Diese Institution soll noch stärker als bisher im öffentlichen Raum dargestellt werden.*

## Nutzung

1.

*Ein Nutzungskonzept für das Kurfürstliche Schloss ist von besonderer Bedeutung für die weitere Planung und Entwicklung des Regierungsviertels. Öffentlichkeitswirksame Nutzungen im Zusammenhang mit der Funktion Regierungsviertel werden für notwendig erachtet. Eine zeitnahe Konzeption wird dringend empfohlen.*

2.

*Nutzungskonzepte für die einzelnen Stadtplätze sind als Basis der weiteren Entwicklung und Gestaltung des Regierungsviertels von entscheidender Bedeutung. Die Aufenthalts- und Erholungsfunktion sollen verstärkt werden und Stadtfeste nur im beschränkten Maße zugelassen werden. Ein multifunktional nutzbarer "barter" Stadtplatz Ernst-Ludwigs-Platz ist nicht gewünscht.*

3.

*Ein verstärktes Angebot gastronomischer Nutzungen bzw. eine stärkere Nutzungs-mischung soll zur Belebung des Regierungsviertels beitragen. Empfohlen wird eine ausgewogene Nutzungsmischung aus Kultur, Events und Gastronomie, die den öffentlichen Raum beleben soll.*

4.

*Der öffentliche Raum soll grundsätzlich nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming, also auch für Mädchen und Jungen nutzbar gestaltet werden.*

5.

*Der Deutschhausplatz sollte seinen Platzcharakter beibehalten. Er sollte städtische Freifläche bleiben, mit der Folge, dass die Sicht auf den Landtag und die Staatskanzlei nicht verstellt wird. Der Platz einschließlich Zufahrtsweg sollte ansprechend und repräsentativ gestaltet sein (Besucher, Staatsgäste). Es sollte zudem mög-*

lich sein, dass Veranstaltungen im Landtagshof und im Hof der Staatskanzlei im Bedarfsfall auch auf den Bereich vor dem Tor auf dem Deutschhausplatz erstreckt werden können (z.B. Verfassungsfest, Kinderfest des Ministerpräsidenten, Tag der Offenen Tür etc.).

6.

Eine Gestaltung des Ernst-Ludwig-Platzes sollte im Ergebnis das Open-Air-Festival ebenso wenig verhindern wie das Verfassungsfest, das durchaus zu besonderen Anlässen auch den Platz vor dem Landtag (Grünfläche) beanspruchen kann. Eine stärkere Orientierung als Veranstaltungsfläche ist aber nicht erforderlich. D.h. der Platz sollte nicht als Veranstaltungsfläche hergestellt werden, er sollte aber die oben genannten Veranstaltungen weiter ermöglichen.

### Verkehr / Ruhender Verkehr

1.

Der ruhende Verkehr dominiert wesentliche Bereiche des Regierungsviertels. Eine Verlagerung des ruhenden Verkehrs vom Schlossplatz, Deutschhausplatz und aus der Großen Bleiche in die vorhandenen Tiefgaragen führt zu einer deutlichen Entlastung des Ortsbildes und eröffnet Optionen für neue attraktive Nutzungen.

2.

Der Individualverkehr auf dem Deutschhausplatz steht den Zielen einer stärkeren Verknüpfung des Regierungsviertels und der Schaffung eines repräsentativen Deutschhausplatzes teilweise entgegen. Basierend auf einem Verkehrskonzept soll das Ziel, den Individualverkehr vom zukünftig repräsentativ gestalteten Deutschhausplatz zu verlagern, verfolgt werden.

3.

Das Forum empfiehlt, die Funktion der Großen Bleiche für den Individualverkehr und den ÖPNV aufrecht zu erhalten. Dies trägt zur Belebung des gesamten Quartiers bei.

4.

Eine bessere Querungsmöglichkeit der Peter-Altmeier-Allee würde das Regierungsviertel besser als bisher mit dem Rheinufer verbinden.

5.

Der Landtag und die Staatskanzlei werden täglich von Reisebussen aus ganz Rheinland-Pfalz angefahren. Ausreichende Busparkplätze für Besucher des Landtags und der Landesregierung in erreichbarer Nähe sind wünschenswert. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Busse nicht das Ortsbild stören.

6.

Die Ein- und Ausfahrten und die Zugänge der Tiefgaragen stören erheblich die betroffenen Plätze. Eine stärkere gestalterische Einbindung wird empfohlen.

7.

Das Forum empfiehlt, ein Parkraumkonzept (auch für Busstellplätze) für das Regierungsviertel zu entwickeln.